

Stadt Leipzig • Amt 36 • 04092 Leipzig

Stadt Leipzig  
Mobilitäts- und Tiefbauamt  
Amtsleiter  
Prager Straße 118 - 136  
04317 Leipzig

**Amt für Umweltschutz**

Abteilung Immissionsschutz-/Wasserrecht  
Sachgebiet Wasserbehörde  
Prager Straße 118-136  
04317 Leipzig

Bearbeiter/-in: Herr Kretschmer  
Raum: A.7.011  
Tel.: 0341 123-3414  
Fax: 0341 123-1695  
E-Mail: [umweltschutz@leipzig.de](mailto:umweltschutz@leipzig.de)

Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen  
36.10.07-2024/063437

Datum  
14.11.2024

**Anschluss Planstraße C an die Berliner Straße in 04105 Leipzig  
Hier: Entscheidung über den Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für die bauzeitliche  
Grundwasserbenutzung**

Die Stadt Leipzig als untere Wasserbehörde erlässt in o. g. Angelegenheit folgenden

**BESCHEID:**

**1. Entscheidung**

- 1.1. Dem Mobilitäts- und Tiefbauamt der Stadt Leipzig wird nach Maßgabe der eingereichten Unterlagen die bauzeitlich befristete **wasserrechtliche Erlaubnis** für die unter Abschnitt 2. genannten Gewässerbenutzungen in der unter Abschnitt 3. konkretisierten örtlichen Lage erteilt.
- 1.2. Die Unterlagen nach 4. sowie die Inhalts- und Nebenbestimmungen nach 5. sind Bestandteil der Entscheidung.
- 1.3. Diese Entscheidung ergeht kostenfrei.

**2. Gewässerbenutzungen**

**2.1. Art und Zweck**

Absenken des Grundwasserspiegels im Grundwasserleiter 1.5 zur Trockenhaltung von vier kleinräumigen Baugruben auf 104,9 m üNN

**2.2. Umfang:**

Förderrate  $Q_{\max}$  ~ 30 m<sup>3</sup>/h  
Gesamtentnahmemenge ~ 28 700 m<sup>3</sup>

**2.3. Dauer:**

40 Tage (Wasserhaltung)



### 3. Örtliche Lage

Stadt/Gemeinde: 04105 Leipzig  
 Straße: Berliner Straße (Ecke Roscherstraße)  
 Gemarkung: Leipzig  
 Flurstücke: 3955/1, 2828/1, 1892/20, 1892/21, 2719/24, 2719/18 3952, 2733/26, 2733/50, 2733/62  
 Koordinaten: E 317 830 N 5 692 225 Straßenmittelpunkt  
 (ETRS 1989 UTM 33)  
 betroffene Gewässer: Grundwasser

### 4. Unterlagen

Den Entscheidungen in diesem Bescheid liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- 4.1. Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis, eingereicht durch das Mobilitäts- und Tiefbauamt Stadt Leipzig mit Schreiben vom 14.10.2024; Anlagen:
  - Antragsunterlagen für eine Erlaubnis zur temporären Bauwasserhaltung BV: Anschluss Planstraße C an die Berliner Straße, Rohrvortriebe unter Straßenbahngleisen, Projekt-Nr.: 297918, CDM Smith SE, Weißenfelder Straße 65 H, 04229 Leipzig vom 30.09.2024
- 4.2. Stellungnahme der unteren Abfall-/Bodenschutzbehörde Stadt Leipzig, 07.11.2024
- 4.3. Stellungnahme der Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer, SG Stadtbäume, 08.11.2024

### 5. Inhalts- und Nebenbestimmungen

- 5.1. Die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen zu diesem Bescheid sowie der entschädigungslose Widerruf der Erlaubnis bleiben im öffentlichen Interesse vorbehalten.
- 5.2. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist befristet gültig für 40 Tage mit Beginn im Jahr 2025.
- 5.3. Die Grundwasserhaltungsmaßnahmen sind während der gesamten Zeit durch ein fachkompetentes Ingenieurbüro überwachen zu lassen. Der Ansprechpartner ist der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig vor Beginn der Grundwasserbenutzung schriftlich zu benennen.
- 5.4. Die Bohr- und Ausbaudaten der 7 Förderbrunnen (Lageplan, Schichtenverzeichnis, Bohrprofil inkl. Wasseranschnitt und Ruhewasserspiegel, Ausbaudokumentation, Einmessprotokoll, Pumpversuchsergebnisse) sind vor **Inbetriebnahme** der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig zu übergeben.
- 5.5. Beginn und Ende der Gewässerbenutzung sind der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig schriftlich mitzuteilen.
- 5.6. Die Absenkung des Grundwasserspiegels ist jederzeit auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren. Eine Unterschreitung der definierten Absenkziele ist nicht zulässig.
- 5.7. Die geförderten Grundwassermengen sind mittels geeichter Wasseruhr arbeitstäglich zu messen und zu dokumentieren. Die Messergebnisse sind 7-täglich der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig per E-Mail (Dateiformat \*.xlsx, inkl. graphischer Darstellung) zu übermitteln.
- 5.8. Das Grundwasserverhalten ist an insgesamt zwei Grundwassermessstellen (GWM) zu überwachen. Neben der vorhandenen GWM P1/24 sind die beiden GWM BS22-30\_ÜW4 und BS22-30\_ÜW7 (siehe Anlage 1) in das Monitoringprogramm aufzunehmen.
- 5.9. Die Grundwasserstände in den GWM nach 5.8 sind wie folgt zu messen:
  - unmittelbar vor Beginn der Grundwasserabsenkung (Nullmessung)
  - ab Beginn der Grundwasserabsenkung arbeitstäglich mindestens einmal bis zum Ende des Wiederanstiegs des Grundwasserspiegels nach Abschluss der Wasserhaltungsarbeiten
  - alternativ zur händischen Messung können Datenlogger zur Messwerterfassung eingesetzt werden, dann ist mindestens einmal wöchentlich eine händische Kontrollmessung durchzuführen



Die Messergebnisse sind auf m üNN zu beziehen und **7-täglich** der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig per E-Mail (Dateiformat \*.xlsx oder \*.pdf, inkl. graphischer Darstellung) zu übersenden.

5.10. Vor Einleitung in das Kanalnetz der Leipziger Wasserwerke ist ein Absetzbecken vorzuschalten.

5.11. Durch ein Fachlabor sind während der Grundwasserhaltung regelmäßig am Ablauf des Absetzbeckens Grundwasserproben zu entnehmen und auf folgende Parameter zu analysieren:

Parameter	Einleitgrenzwert KWL	Parameter	Einleitgrenzwert KWL
Sauerstoff	≥ 6 mg/l	Arsen	≤ 0,1 mg/l
pH-Wert	5,5 – 9,5	Blei	≤ 0,5 mg/l
Sulfat	≤ 600 mg/l	Cadmium	≤ 0,2 mg/l
abfiltrierbare Stoffe	≤ 900 mg/l	Chrom, gesamt	≤ 0,5 mg/l
absetzbare Stoffe	≤ 10 ml/l	Chrom VI	≤ 0,1 mg/l
Eisen (gesamt)	≤ 3 mg/l	Kupfer	≤ 0,5 mg/l
AOX	≤ 0,5 mg/l	Nickel	≤ 0,5 mg/l
MKW	≤ 20 mg/l	Quecksilber	≤ 0,05 mg/l
PAK	≤ 0,002 mg/l	Zink	≤ 2,0 mg/l
BTEX	≤ 0,05 mg/l	Cyanid (gesamt)	≤ 5,0 mg/l
LHKW	≤ 0,1 mg/l	Cyanid, leicht freisetzbar	≤ 1,0 mg/l

5.12. Die Beprobung des Grundwassers ist wie folgt vorzunehmen:

- am 1. Tag nach Beginn der Grundwasserabsenkung
- am 8. Tag nach Beginn der Grundwasserabsenkung
- am 15. Tag nach Beginn der Grundwasserabsenkung
- danach nach Bedarf in 2-wöchentlichem Rhythmus.

Die **Analyseergebnisse** sind unmittelbar nach deren Vorliegen zusammen mit dem jeweiligen **Probenahmeprotokoll** der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig zu übergeben.

5.13. Eine Überschreitung der unter 5.12. genannten Grenzwerte ist nicht zulässig. Bei Überschreitung bereits eines der Einleitgrenzwerte sind umgehend geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der stofflichen Belastung vorzunehmen sowie die untere Wasserbehörde Stadt Leipzig zu informieren und das weitere Vorgehen abzustimmen. Eine Grundwasserreinigungsanlage ist im Bedarfsfall einzusetzen.

5.14. Werden bei der Vorbereitung und Durchführung des Vorhabens umweltrelevante Sachverhalte festgestellt, ist unverzüglich die untere Abfall-/Bodenschutzbehörde Stadt Leipzig zu informieren. Von der Behörde wird dann der weitere Verfahrensweg festgelegt, der vom Bauherrn zu realisieren ist (§§ 13 Abs. 3, 16 Abs. 2 SächsKrWBodSchG).

5.15. Die im unmittelbaren Umfeld der Straßenkreuzung befindlichen **Stadtbäume** (Anlage 2 – Nr. 3009, 4139, 4140, 4195, 4196) sind während der Vegetationsperiode (01.03. – 31.10.) mit 300 l/Woche zu bewässern. Die Bewässerung muss während der Bauwasserhaltung sowie 4 Wochen danach erfolgen. Dabei ist zu gewährleisten, dass die verlangte Wässerungsmenge auch in den Baumscheiben verbracht wird und nicht über die Gehweg-/ Straßenflächen abfließen kann. Dies ist durch die Anlage von Gießringen sicherzustellen.

5.16. Das Amt für Stadtgrün und Gewässer Stadt Leipzig (ASG), Frau Volke (Tel. 0341-123 6164), ist rechtzeitig (mindestens 3 Tage vorher) über den Baubeginn der Wasserhaltungsmaßnahme zu informieren. Jeder Bewässerungsgang ist vorab mit dem ASG abzustimmen.

5.17. Das ASG ist bei auftretenden Problemen frühzeitig zu informieren, um erforderliche Maßnahmen abzustimmen.

5.18. Für die privaten Baumbestände im näheren Umfeld wird eine analoge Wässerung empfohlen, insofern keine andere Einigung mit dem Grundstückseigentümer vorliegt.

5.19. Das Bauvorhaben befindet sich im Überschwemmungsgebiet der Parthe. Hierfür ist ein **Hochwasserschutzmaßnahmenplan** zu erarbeiten. Der Hochwasserschutzmaßnahmenplan mit Angabe zur Bauzeit, Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten, den vorbeugenden und im Hochwasserfall einzuleitenden Hochwasserschutzmaßnahmen sowie die Verfügbarkeit von Personal,





Technik und Material ist der unteren Wasserbehörde Stadt Leipzig mindestens zwei Wochen vor Baubeginn zur Bestätigung zu übergeben. Das Formblatt ist in der Anlage 3 enthalten.

### Begründung

#### I.

Das Mobilitäts- und Tiefbauamt der Stadt Leipzig plant im Bereich des Knotenpunktes Berliner Straße/ Roscherstraße zwei Rohrvortriebe (Ost und West) zur Querung der Straßenbahngleise auf der Berliner Straße. Für die Start- und Zielgruben der Horizontalbohrungen werden Baugrubensohlen zwischen 105,31 und 105,18 m üNNH angegeben. Die Abmessungen der Baugruben werden mit ca. 2,0 bis 2,5 m (B, L, H) angegeben. Als Bauzeit zur Trockenhaltung der vier Baugruben ist ein Zeitraum von ca. 40 Tagen vorgesehen. Zur Trockenhaltung der vier Baugruben ist eine geschlossene Grundwasserhaltung vorgesehen.

Die geologischen Verhältnisse werden wie folgt beschrieben. Unter inhomogener Auffülle mit variablen Mächtigkeiten bis ca. 2,0 m schließen sich die pleistozänen Flussschotter der Saalekaltzeit an, welche am Standort Mächtigkeiten größer 8 m aufweisen und den Grundwasserleiter 1.5 bilden. Im Liegenden schließen sich Feinsande des Tertiärs an. Die Geländeoberkante liegt bei ca. 107,0 bis 107,5 m üNNH. Der Standort liegt im festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Parthe.

Für das Bauvorhaben wurde unmittelbar nördlich der geplanten Baugruben eine Grundwassermessstelle (GWM) errichtet. Der an der GWM P 1/24 ermittelte Grundwasserstand wurde mit maximal 105,96 m üNNH (29.07.2024) ermittelt. Unter Einbeziehung im Umfeld vorhandenen Grundwassermessstellen mit langjährigen Zeitreihen konnten folgende Grundwasserkennzahlen abgeleitet werden:

höchster Grundwasserstand	HW	106,4 m üNNH
mittlerer Grundwasserstand	MW	106,1 m üNNH
niedrigster Grundwasserstand	NW	105,7 m üNNH

Die Herleitung der Grundwasserkennwerte ist nachvollziehbar und plausibel. Als bauzeitlicher Bemessungswasserstand wurde der MHW zugrunde gelegt.

Der Durchlässigkeitsbeiwert wurde für die zu entwässernden Bereiche (GWL 1.5) mittels Pumpversuch ermittelt und für die weiteren Bemessungen mit  $1,84 \cdot 10^{-3}$  m/s fixiert. Die erforderlichen Brunnen werden zur Optimierung der Entnahmemenge möglichst flach ausgebildet. Je Baugrube sind zwei flache Brunnen vorgesehen. Aus Platzgründen ist an einer Baugrube nur ein Brunnen möglich. In Summe werden sieben Brunnen abgeteuft, deren Tiefe bei ca. 4,0 m liegt, der Bohrdurchmesser wurde mit 620 mm bei einem Innendurchmesser von 300 mm angegeben. Die Filterlänge wird auf einen Meter begrenzt, die Unterkante der Filterstrecke wird bei 104,5 m üNNH angeordnet. Als Absenkziel werden ca. 30 cm unter der Baugrubensohle angenommen, dies entspricht einer Höhe von ca. 104,9 m üNNH. Unter Annahme dieser Eingangsparameter wurde eine Fördermenge von max. ca. 30 m³/h abgeschätzt. Damit ergibt sich über den Bauzeitraum von 40 Tagen eine Gesamtfördermenge von ca. 27.800 m³. Die Reichweiten liegen nach Weber rechnerisch bei 140 m. Absenkungen unter den NGW (niedrigsten Grundwasserstand) werden im unmittelbaren Umfeld der Baugruben notwendig (Absenkung ca. 0,8 m unter NGW).

Das Auftreten von Setzungsschäden ist nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand zu den Baugrund- und Gründungsverhältnissen bei den betrachteten Grundwasserabsenkungen nicht zu erwarten. Entsprechende Überwachungssysteme sind vorgesehen.

Die Ableitung des gehobenen Grundwassers erfolgt, nach Passage eines Absetzbeckens in das Kanalnetz der Kommune Wasserwerke Leipzig GmbH. Eine Reinigungsanlage wird nach Erfordernis vorgehalten.

Zu dem Vorhaben wurden Stellungnahmen der unteren Abfall-/Bodenschutzbehörde Stadt Leipzig eingeholt. Weiterhin wurden das Amt für Stadtgrün und Gewässer Sachgebiet Stadtbäume um Stellungnahme gebeten.

#### II.

Die Stadt Leipzig ist für den Erlass des Bescheides als untere Wasserbehörde gemäß §§ 109 Abs. 1 Nr. 3 und 110 Abs. 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12.07.2013 (SächsGVBl. S. 503) in der aktuellen Fassung, sachlich und nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) i. V. m. § 1 Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des





Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen (SächsVwVfZG) vom 19.05.2010 (SächsGVBl. S. 142), in der jeweils aktuellen Fassung, örtlich zuständig.

Rechtsgrundlage für die erteilte wasserrechtliche Erlaubnis sind die §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in der aktuellen Fassung. Gemäß § 10 Abs. 1 WHG gewährt die Erlaubnis die Befugnis, ein Gewässer zu einem bestimmten Zweck in einer nach Art und Maß bestimmten Weise zu benutzen. Im vorliegenden Fall handelt es sich um das Zutagefördern von Grundwasser. Dies ist eine Gewässerbenutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG, welche nach § 8 Abs. 1 WHG einer behördlichen Erlaubnis bedarf.

Gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG sind die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis gegeben, da durch die Maßnahme schädliche und durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässeränderungen nicht zu erwarten sind. Die wasserrechtliche Erlaubnis wurde nach § 12 Abs. 2 WHG im pflichtgemäßen Ermessen erteilt.

Gemäß § 13 Abs. 1 und 2 Nr. 1 WHG sind Inhalts- und Nebenbestimmungen auch nachträglich sowie zu dem Zweck zulässig, nachteilige Wirkungen für Andere zu vermeiden oder auszugleichen. Durch Inhalts- und Nebenbestimmungen können Anforderungen an die Beschaffenheit einzubringender oder einzuleitender Stoffe gestellt werden. Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b, c und d WHG können Maßnahmen angeordnet werden, die geboten sind, das Wasser mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt sparsam zu verwenden, die der Feststellung der Gewässereigenschaften vor Benutzung oder Beobachtung der Gewässerbenutzung und ihrer Auswirkungen dienen sowie die zum Ausgleich einer auf die Benutzung zurückzuführenden nachteiligen Veränderung der Gewässereigenschaften erforderlich sind. Darüber hinaus ist die Erlaubnis gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich.

Im angefragten Bereich sind mehrere Grundwasserbelastungen nachgewiesen worden, welche auf Altstandorte im Umfeld zurückzuführen sind. Konkret betrifft das die Parameter **PAK** ohne Naphthalin und **LHKW**. Regelmäßige Analysen sind für die Wasserhaltung erforderlich, im Bedarfsfall ist eine Reinigungsanlage vorzuhalten. Unter Einhaltung der aufgenommenen Nebenbestimmungen stimmt die untere Abfall-/ Bodenschutzbehörde Stadt Leipzig dem Vorhaben zu.

Die Begründung der abfall-/bodenschutzrechtlichen Nebenbestimmungen ergibt sich aus den Vorschriften des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) und des Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsKrWBodSchG) vom 22.02.2019 (SächsGVBl. S. 187), jeweils in der zuletzt gültigen Fassung.

Die Verpflichteten nach BBodSchG und nach SächsKrWBodSchG haben die ihnen bekannt gewordenen oder von ihnen verursachten schädlichen Bodenveränderungen oder Altlasten unverzüglich der zuständigen Behörde mitzuteilen. Sie haben der zuständigen Behörde auf Verlangen alle Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen vorzulegen, die diese zur Erfüllung der Aufgaben nach dem BBodSchG und nach dem SächsKrWBodSchG benötigt (§ 13 Abs. 3 SächsKrWBodSchG). Die zuständige Behörde kann zur Durchführung dieses Gesetzes diejenigen Maßnahmen treffen, die ihr nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlich erscheinen (§ 16 Abs. 2 SächsKrWBodSchG).

Da grundwasserabhängige Ökosysteme im Einflussbereich der Wasserhaltung nicht vorhanden sind, ist eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht nicht erforderlich (Anlage 1, Nr. 13.3.3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), in der zuletzt gültigen Fassung).

Hinsichtlich der Straßenbäume im Umfeld der Baumaßnahme ist eine Gefährdung der Vitalität möglich. Unter Einhaltung der Nebenbestimmungen stimmten das Amt für Stadtgrün und Gewässer Stadt Leipzig (Sachgebiet Stadtbäume) dem Vorhaben zu.

### III.

Rechtsgrundlage für die Kostenfestsetzung ist das Sächsische Verwaltungskostengesetz (SächsVwKG) in der Neufassung vom 05.04.2019 (SächsGVBl. S. 245). Entsprechend § 12 Abs. 1 Nr. 3 SächsVwKG ist die Stadt Leipzig von den Gebühren befreit.





### Hinweise

1. Jede Abweichung von den Antragsunterlagen bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadt Leipzig als untere Wasserbehörde. Diese entscheidet, ob eine wesentliche Abweichung vorliegt oder nicht. Es sind diesbezüglich rechtzeitig aussagefähige Unterlagen zu übergeben.
2. Die Antragstellerin haftet im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile Dritter, die nachweislich infolge dieser Grundwasserbenutzung entstehen.
3. Dieser Bescheid ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter. Privatrechtliche Vereinbarungen bezüglich der eventuellen Benutzung fremder Grundstücke oder Anlagen werden durch diese Entscheidung nicht berührt.
4. Dieser Bescheid ersetzt keine anderen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen.
5. Werden das Grundstück oder die Gewässerbenutzungsanlage auf einen Rechtsnachfolger übertragen, gehen auch die Rechte und Pflichten dieser wasserrechtlichen Entscheidung an den Rechtsnachfolger über [§ 8 Abs.4 WHG i. V. m. § 8 Abs.1 SächsWG]. Dieser hat der Stadt Leipzig als untere Wasserbehörde den Rechtsträgerwechsel schriftlich anzuzeigen [§ 8 Abs.2 SächsWG].
6. Für die Grundwasserförderung wird vom Freistaat Sachsen eine Abgabe erhoben, wenn die Wasserentnahme mehr als 2.000 m³ im Kalenderjahr beträgt (§ 91 SächsWG). Die Abgabepflichtigen haben bis zum 31. März des Jahres nach der Wasserentnahme unaufgefordert eine Erklärung über die zur Festsetzung der Wasserentnahmeabgabe erforderlichen Angaben abzugeben, für die Erklärung ist ein von der oberen Wasserbehörde zur Verfügung gestelltes Formular zu verwenden (§ 91b SächsWG).
7. Auf die Regelungen der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) vom 29.08.2002 (BGBl. I S. 3478), in der zuletzt gültigen Fassung, wird hingewiesen. Gemäß § 7 der 32. BImSchV dürfen Geräte und Maschinen, die im Anhang dieser Verordnung aufgeführt sind, an Sonn- und Feiertagen ganztägig sowie an Werktagen in der Zeit von 20:00 bis 07:00 Uhr in Wohngebieten, Kleinsiedlungsgebieten und Klinikgebieten im Freien nicht betrieben werden. Ausnahmen von den Einschränkungen können zugelassen werden. Dazu ist ein schriftlicher Antrag auf Ausnahmegenehmigung bei der Stadt Leipzig, Amt für Umweltschutz, Sachgebiet Immissionsschutzbehörde, mindestens 7 Tage vorher zu stellen. Das kann z. B. den Einsatz von Wasserpumpen (ausgenommen Unterwasserbetrieb) Nr. 56 oder Kraftstromerzeuger Nr. 45 betreffen.
8. Einwendungen gegen diesen Bescheid sind innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim zuständigen Bearbeiter der Wasserbehörde vorzubringen. Wenn keine Einigung erzielt wird, erfolgt entsprechend den Anweisungen des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig die weitere Klärung beim Rechtsamt.
9. Für die angrenzende Bebauung wird die Durchführung einer Beweissicherung empfohlen.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



T. Kretschmer  
Technischer Sachbearbeiter  
Wasserbehörde

#### Anlagen

- Anlage 1: Lageplan mit Standort zusätzlicher GWM  
Anlage 2: Lageplan zu bewässernden Stadtbäume  
Anlage 3: Formular Hochwassermaßnahmenplan

#### Kopie nachrichtlich per E-Mail an:

- CDM Smith SE, Herr Poßecker, [jan.possecker@cdmsmith.com](mailto:jan.possecker@cdmsmith.com)
- Stadt Leipzig, Mobilitäts- und Tiefbauamt, Herr Dr. Zschelletzschky
- Stadt Leipzig, Amt für Umweltschutz, Sachgebiet Abfall-/Bodenschutzbehörde, Frau Gorogranz
- Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer, Sachgebiet Stadtbäume, Frau Wolf und Frau Volke
- Landesdirektion Sachsen, Referat 40 – Abgaben: [erlaubnisse@lds.sachsen.de](mailto:erlaubnisse@lds.sachsen.de)







# Anlage 1

erstellt durch: Kretschmer, Thomas

Erstellungsdatum 08.11.2024

Erstellt für Maßstab 1:1 263

© Amt für Geoinformation und Bodenordnung

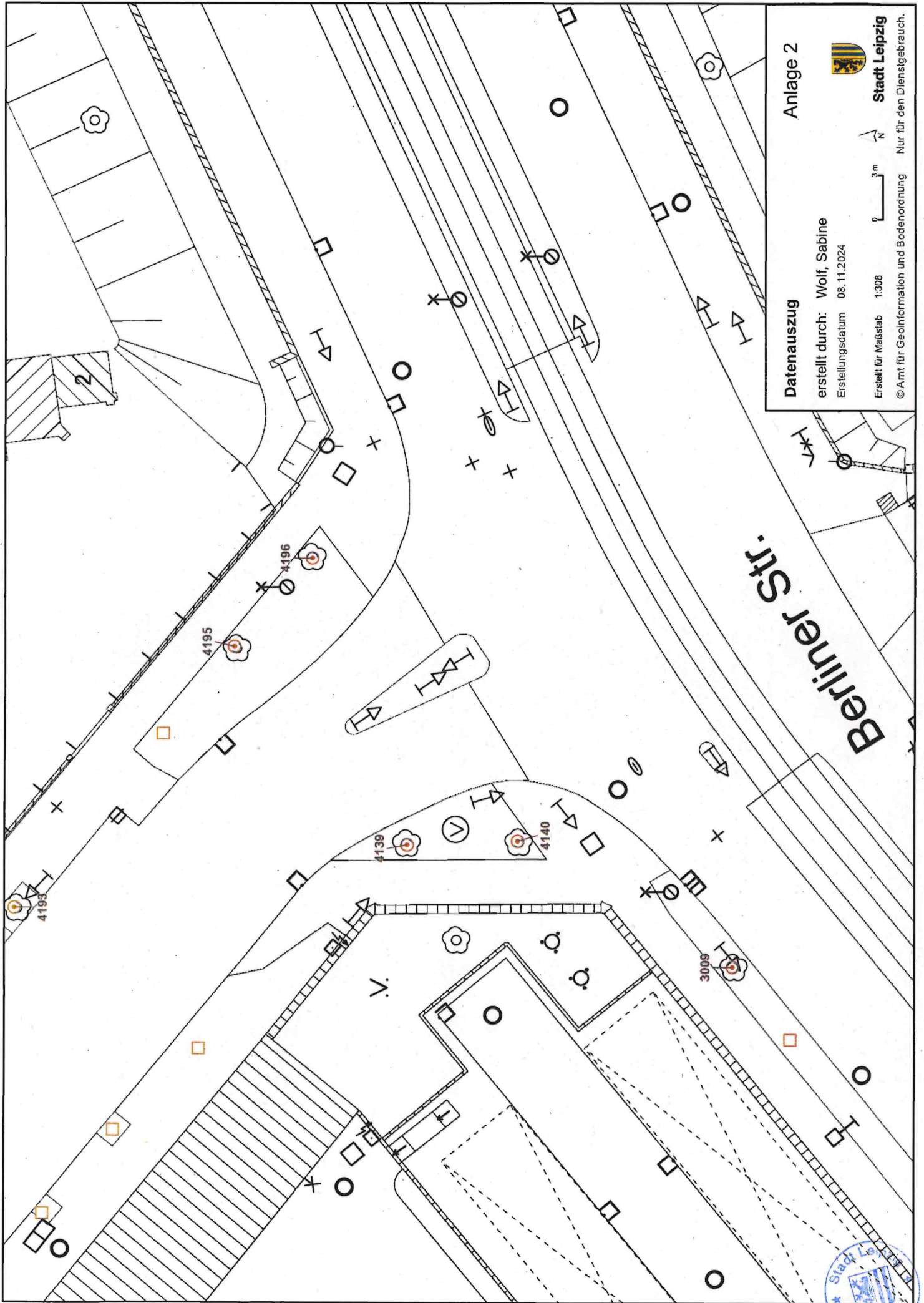
Nur für den Dienstgebrauch.



Stadt Leipzig







Anlage 2

Datenauszug

erstellt durch: Wolf, Sabine  
Erstellungsdatum 08.11.2024

Erstellt für Maßstab 1:308

© Amt für Geoinformation und Bodenordnung

Nur für den Dienstgebrauch.



Stadt Leipzig



3m





Auftragnehmer/Baufirma  
(Stempel)

## **Maßnahmeplan zum Hochwasserschutz**

**Baumaßnahme:**

### **1. Termine und Lage**

Baubeginn:

Bauende:

Lage:

### **2. Nachrichtenverbindung/Erreichbarkeit**

#### **2.1 Auftraggeber:**

**Zuständiger Bauleiter:**

Tel.:  
FAX:  
Funk:

#### **2.2 Zuständige Flussmeisterei:**

Landestalsperrenverwaltung des  
Freistaates Sachsen  
Betrieb Elbaue/Mulde/Untere  
Weiße Elster  
Flussmeisterei Leipzig  
Am Teilungswehr 1  
04249 Leipzig

Tel.: 0341 48678-0  
FAX: 0341 48678-30  
Rufbereitschaft: 0341 48678-299



### **2.3 Bauoberleitung**

Tel.:

Fax:

BOL

Funk:

ÖBÜ

Funk:

stellv. ÖBÜ

Funk:

### **2.4 Auftragnehmer/Baufirma**

Tel.:

Fax:

BOL

Funk:

BL

Funk:

Polier

Funk:

Wochenendbereitschaft:

Tel.:

Funk:

### **2.5 Territoriale Behörde:**

Stadt Leipzig

Technisches Rathaus

Amt für Umweltschutz

Abt. Immissionsschutz-/Wasserrecht

Prager Straße 118 – 136, Haus A

04317 Leipzig

Postanschrift:

Stadt Leipzig, OE 36, 04092 Leipzig

SG Wasserbehörde

SGL: Frau Wend

Bearbeiter: Herr Kretschmer

Tel.: 0341 123-3418

Tel.: 0341 123-3414

Fax: 0341 123-1695

### **3. Kurzerläuterung der Baumaßnahme:**



#### 4. Hochwasserschutzmaßnahmen im Baustellenbetrieb:

#### 4.1 Information Hochwassergefahr

Tägliche Abfrage zu erwartender Hochwasser bei LTV, FM Leipzig, und Internetabfrage (unter [www.umwelt.sachsen.de](http://www.umwelt.sachsen.de)).

Bauzeitlicher Pegel im OW – tägliche Dokumentation im Bautagebuch.

## 4.2 Informationen

### Erhöhte Informationstätigkeit mit den zeitgleichen BV

### 4.3 Sicherung Baustelle

Beginn der Beräumung und Sicherung der Baustelle im Sohlenbereich (OW sowie UW) bei einem Pegelstand von                      m NN.

#### 4.4 Kritischer Wasserstand auf Baustelle

z. B.

- Einstellung der Wasserhaltung bei m NN
- Einstellen der Arbeiten, Risikowasserstand von h = m NN
- Einrichten eines Bereitschaftsdienstes auf der Baustelle
- Material und E-Anlagen sichern

**Aufgestellt:**

, den

Bauleiter:

, den

Auftraggeber:

, den

LTV, FM Leipzig:

Der HW-Schutzmaßnahmeplan ist ca. 14 Tage vor Baubeginn, unterschrieben vom Bauleiter, Auftraggeber und der LTV, FM Leipzig, der Stadt Leipzig, Amt für Umweltschutz, Sachgebiet Wasserbehörde, zur **Bestätigung** vorzulegen.

, den

AfU, SG Wasserbehörde: